



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

214 (8.5.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-180816](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-180816)

Die Offfragen im Hauptauschuss.

(Von unserem Berliner Büro.)

Der Hauptauschuss des Reichstags... Die Offfragen im Hauptauschuss... Die Offfragen im Hauptauschuss...

Unterstaatssekretär Oster v. Braun: Eine Einmischung in die inneren ukrainischen Verhältnisse ist durch unsere Rückschlüsse in der Handlung nicht erfolgt. Unser Ausschuss hat im engsten Einvernehmen mit ukrainischen Vertretern beraten.

Hg. Freiherr v. Rechenberg (Zentrum): Nach dem Vertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert ist, muß er maßgebend sein für unser Verhalten diesem Lande gegenüber. Warum wird das Getreideabkommen nicht verabschiedet?

Die finnische Königsfrage.

Zur finnischen Königsfrage wird der Rhein-Westf. Ztg. aus Berlin geschrieben: Während es noch vor wenigen Tagen den Anschein hatte, als ob die skandinavischen Mächte, die sich mit der Frage der Einrichtung einer konstitutionellen Monarchie in Finnland beschäftigten, und bereits Thronkandidaten nannten, den Ereignissen voraussetzeln, kann heute kein Zweifel mehr bestehen, daß auch in Berlin die Auffassung herrscht, daß Finnland Königreich werden will und unter der Hand Verhandlungen mit dem Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg wegen der Annahme der finnischen Königskrone angeknüpft hat.

Ein interessanter Brief Trotskys an Lenin.

Am 8. Mai. (Wris-Tel.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die Pariser Ausgabe des New York Herald veröffentlicht einen Brief, den Trotzky an Lenin während der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschrieben habe. Die Urchrift soll ein Mitarbeiter des Blattes in Händen haben.

nehmen, aber auch keinen imperialistischen Friedensvertrag unterzeichnen wollen. Das Schicksal Polens, Litauens und Kurlands überlassen wir der Verantwortung Deutschlands.

Die deutschen Arbeiter werden keinen Krieg haben, und angreifen, wenn wir erklären, daß wir den Krieg als beendet ansehen. Es wird für die deutsche Regierung sehr schwierig sein, und angreifen wegen der inneren Zustände. Die Scheidemann-Letzte haben in aller Form die Entschliessung angenommen, worin erklärt wird, daß mit einer Regierung getraden werden könne, die an die russische Revolution annerkennende Forderungen stelle.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Schwaches Vertrauensvotum für Bekerles. Budapest, 7. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Korrespondenz-Büros. In einer Zusammenkunft der 14 Stunden dauernden Verfassungskonferenz teilte gestern Abend der Ministerpräsident Bekerles die Veränderungen der Wahlrechtvorsorge mit, welche laut Heberein kommen mit der bisher widersprechenden Arbeitspartei die Durchführung des allgemeinen Wahlrechts ermöglichen sollen.

Südböhmisch-schlesischer Protest.

Wien, 7. Mai. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Korrespondenz-Büros. Nach der (nationalen) Korrespondenz beschloffen der tschech. Verband und der südböhmische Klub gemeinsam einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem u. a. der Verstoßung des Parlaments, der Anwendung der Diktos, der Einziehung von Kreisämtern in Böhmen und dem Standpunkt des Ministerpräsidenten in der Südböhmischen Frage widersprochen und schließlich die Einberufung des Reichsrates verlangt wird.

Französisch-Flandern.

Brüssel, 4. Mai.

Das Vordringen der deutschen Truppen in das flämischsprachige Küstengebiet Frankreichs zieht aufs neue die Aufmerksamkeit auf ein Land, das ehemals ein Bestandteil des alten Flandern in seiner Ganzheit war. Damals umschloß Flandern das ganze Gebiet zwischen der Schelde, dem Meer, dem Kanal und der Nordsee.

Hagebrood ist die flämischste Stadt von Französisch-Flandern und zählt etwa 11000 Einwohner. Das ganze Arrondissement Hagebrood bestand aus zwei Kantonen mit 17 Gemeinden. In zehn Gemeinden sprach man ausschließlich flämisch, drei Gemeinden waren zweisprachig, jedoch überwiegend flämisch und schließlich ein Ort mit ausschließlich französischer Sprache.

Einmal reichte das niederdeutsche Sprachgebiet, wie noch jetzt aus den Ortsnamen ersichtlich ist, bis an die Ufer der Canche, jetzt ist es bis auf 9 Verwaltungen zusammengefallen, die sich von Düren bis an die Ufer der Canche erstrecken. In dem vierten Teil hat das Momentum vor dem gänzlichen Untergang retten können. Nur wenige deutsche Ortsnamen, wie z. B. Cassel, haben die Franzosen unangeführt gelassen, die meisten bis zur Unkenntlichkeit verflüchtigt.

Ludwig XIV. verlor die flämische Sprache den ersten großen Schlag. Sein Erlass vom Jahre 1664, durch den der Gebrauch des flämischen in Gerichten verboten wurde, lautete: „Fortan wird in Städten und Kastellen Westflanderns nur noch in französischer Sprache Recht gesprochen.“

Der französische Konvent setzte das Werk Ludwigs XIV. fort. Das Gesetz vom 2. Dezember des Jahres 11 untersagte im ganzen Gebiete der Republik den Gebrauch einer anderen Sprache als der französischen. Die französische Revolution vertrieb die flämische Sprache auch aus der Volksschule, und Napoleon I. verbot im Jahre 1800 den Gebrauch der flämischen Sprache selbst in privaten Umständen, wie Testamenten, Quittungen u. a.

Erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden Versuche aufgenommen, das flämische Leben in Nordfrankreich wieder zu erwecken. Im Jahre 1833 wurden in Düren die „Montschopp“ oder „sowasche letterunde“, das „Comité flamand de France“, die „Abdergerstammern“ (Weitergerstammern u. a.) gegründet. In Hagebrood gab das „Comité flamand“ das „Blommisch Kraus“, ein Wochenblatt, und „L'Espece Lathje's Almanach“, einen Kalender heraus, der jährlich in mehreren tausend Exemplaren verbreitet wurde. „L'Espece Lathje“, nach dem Kalender benannt wurde, war ein in Französisch-Flandern unbekannter Blume. Er hieß eigentlich Bapstius, weil er aber mit Lappsen, Tassen usw. hauferte, nannte man ihn „L'Espece Lathje“.

„Zum dreizehnten Male“, so konnte man unlängst in einem Wortort dieses Kalenders lesen, „kommt L'Espece Lathje, um seinen treuen Namen von Französisch-Flandern seinen Almanach anzubieten. Seine Erzählungen, Schmauzen, Sprichwörter, Gedichte und Lieder wurden alle Jahre mit großer Freude und Begeisterung aufgenommen. Die 6000 Almanache, die alle Jahre verkauft werden, sind ein Beweis dafür, daß unsere Sprache in Französisch-Flandern noch geteilt und verstanden wird.“

Nun hat der Krieg auch in diese Gegend seine Schreden getragen, und Hagebrood, Sint Omer, Cassel, Roperinghe, all die reizvollen flämischen Städte und Landschaften sind der Verwüstung und Zerstörung ausgehehrt. Die schmucken Kirchen von Hagebrood, Sint Omer, Kummelingen, Cassel, Bergen, Erneke, die Rastelle von Cede und Steenwoorde, die Reste von Winolsbergen werden von der Kriegssurie bedroht. Nachdem die Bewohner aus den Gegenden um Ipern, Steenwoorde, Velle, Cede usw. von nahezu vier Jahren ihre Heimstätten haben verlassen müssen, trifft die Einwohner der französisch-flämischen Gebiete jetzt dieselbe Dürre des Krieges. Die Bewohner von Französisch- und Belgisch-Flandern haben in Friedenszeiten Lust und Freude geteilt. Sie kamen an diesem oder jenem Grenzorte zusammen, um gemeinsamen Schützen- oder Kirchweihfesten zu feiern. Nun sollen sie auch das gleiche Leid des Krieges. Tausende, die ihre Stätten an der Ipern-

front haben verlassen müssen, haben in Bouleux, Hagebrood, Renge, Sint Omer, Revere, Barre, Cassel usw. Aufnahme gefunden. Ihre Hoffnung, dort fern von den Schrecken des Krieges den Tag ihrer Heimkehr abwarten zu können, scheint zunichte zu werden.

Die Reform des diplomatischen Dienstes.

Eine unbedeutende Erregungslage unserer Kriegserfahrungen ist die Erkenntnis, daß die Art unserer auswärtigen Vertretung dringender Reform bedürftig ist. Dieser Einsicht verleiht sich auch das auswärtige Amt selbst nicht mehr. Es sind sogar von dieser amtlichen Stelle aus Maßnahmen angekündigt, um die bessere Hand an die Zustände zu legen, die der Krieg in ihrer ganzen Reformbedürftigkeit aufgedeckt hat. Viel Erfolg wird man sich allerdings nach allen bisherigen Erfahrungen von den Verbesserungsplänen des auswärtigen Amtes nicht versprechen können. Es ist unbedingt geboten, daß der Reichstag selbst die Lösung der Aufgabe übernimmt und ihre rasche Erledigung verbürgt. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat bereits einen Entschluß angekündigt, in diesem Sinne ihre Kraft einzusetzen. Sie hat auch bereits in großen Umrissen das Programm erkennen lassen, nach dem sie unsern auswärtigen Dienst umzubilden beabsichtigt wird. Es wird sich dabei zweifellos auch darum handeln, die bureaukratische und auch sonst abgedroschene Art, in der bisher unser diplomatischer Dienst eingerichtet wurde, durch eine frische und freie Auswahl in einem weiteren Kreise zu ersetzen, in dem die besten Kräfte zum auswärtigen Dienst heranzuziehen, muß an die Stelle des bisher üblichen Verfahrens treten, das in einer fast ausschließlich Beschränkung der Kandidatur auf einen ganz kleinen aristokratischen und bureaukratisch vorgebildeten Kreis bestand.

Wie wir den Hamburger Stimmen (Hamburger Beiträge der Deutschen Stimmen) entnehmen, haben vor kurzem hervorragende Vertreter der Hamburger Kaufmannschaft in einer gut legierten Denkschrift protestische Vorschläge zu einer solchen Reform der deutschen Diplomatie den zuständigen Stellen unterbreitet. In den Begleitworten, die die Hamburger Stimmen dazu geben, sind die Hauptgründe für die Reform gut zusammengefaßt. Es wird als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß die einseitige Beschränkung des hohen und niederen Adels in der diplomatischen Laufbahn verschwinden muß. (Die für den Ernennungsausschuss sind jedoch ein Wandel dafür, daß man von diesem Grundsatze an der höchsten Stelle nicht überzeugt ist.) Als der Krieg ausbrach, waren unter den neun Botschaftern des Deutschen Reiches ein Fürst, ein Prinz, drei Grafen und vier Freiherren. Die Denkschrift des Hamburger Kaufmanns ist die Quittung für diesen ungeführten Feudalzustand, die Duldung und das Verleihen.

Ebenso wenig wie die aristokratische Herkunft geben auch die bureaukratische Vorbildung die Gewähr für eine richtige Erfüllung der diplomatischen Aufgaben. Die nationalistische Persönlichkeit, das politische Talent wird weder durch Examina noch im bestmöglichen Ausmaß der amtlichen Laufbahn gebildet und erprobt. Der Staatsmann kann sich nur im politischen Kampfe immer aufs neue bewähren. Wie wenige aber, denen Gehalt und Reichtum den Eintritt in die diplomatische Laufbahn nahelegen, folgen damit einer inneren Stimme, dem Drange eines starken Willens, der Sehnsucht nach Verantwortung — kurz ihrer politischen Begabung! In den allermeisten Fällen gibt die Konvention oder das gesellschaftliche Moment den Ausschlag. Daher muß einer der wichtigsten Punkte des Reformprogramms die Herabsetzung sein, der höchsten politischen Persönlichkeit, wenn sie sich auf anderem Felde bewährt hat, auch späterhin den Eintritt in die Laufbahn zu ermöglichen. Daraus hat man nur den vorzuziehenden Willens gelegentlich die Tür ins Allerheiligste aufzutun, und diese Versuche sind fast durchwegs recht gut ausgefallen. Die Voraussetzung für eine solche Durchdringung des Auslandsdienstes mit aktiven Politikern aus dem Reich ist freilich der endgültige Sieg der Auffassung von der großen Einheit innerpolitischer und außenpolitischer Probleme.

Die Bahn frei dem Tüchtigsten! Das muß endlich auch einmal für den diplomatischen Dienst gelten. Es ist ein Wunsch nötig mit der Heberlieferung, die offenbar den Hauptwert des deutschen Diplomaten in einem großen Namen und einer fogenannten repräsentativen Persönlichkeit sah und damit im Ausland Eindruck zu machen hoffte. Was es einmal solche Zeiten, so sind sie längst vorüber. Es handelt sich heute darum, im Ausland Führung und Boden zu gewinnen und mit offenem Will und Sinn für fremde Wesen Anknüpfungsmöglichkeiten zu finden und zu schaffen rechtzeitig zu erkennen. Für diesen Vollen ist der große Name selber nicht das erste Erfordernis. Aus welchen Kreisen man werben sollte, dürfte gewinnen kann, das beuten die Hamburger Stimmen sehr richtig im folgenden Schlußsatz an: „Gewinnt es die Hamburger Kaufmannschaft aber sich, dem Gewerbetreibenden so viel an Zeit und Kraft abzumarkieren, daß noch eine aktive Teilnahme an der Politik möglich wird, so können wir in ihren Vertretern und deren Reichtum vielleicht die berufsmäßigen Kandidaten auf die überfälligen Posten der deutschen Diplomatie erbilden.“

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht.

Zur Ablehnung der Sicherungsanträge schreibt die Nationalliberale Correspondenz:

Die zweite Lesung der Wahlrechtvorsorge vollzieht sich im Preussischen Abgeordnetenhaus ohne besondere rege Anteilnahme und ohne große Hebererregungen. Die Kommissionsbeschlüsse, die so nach dem Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den § 3 auf einer sicheren Mehrheit beruhen, werden im großen und ganzen angenommen. So wird man voraussichtlich noch vor dem Himmelsturztag mit der zweiten Lesung zu Ende kommen. Der Kurs, den das Zentrum durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts eingeschlagen hat, hat bisher noch keine Merkmale der Schwankung und der Veränderung gezeigt. Einige Hoffnungen richteten sich bekanntlich auf die Sicherungsanträge, die von nationalliberaler Seite und vom Zentrum eingebracht waren. Die gesamte nationalliberale Fraktion forderte die Verhältnismäßigkeit in den parlamentarischen, einigen großstädtischen und industriellen Bezirken. Das Zentrum suchte für die konfessionelle Schule, für das Verhältnis von Staat und Kirche und für die kirchlichen Anstalten, Stiftungen und Orden die verfassungsmäßige Bindung zu erreichen und zugleich diese Bindung an eine Zweidrittelmehrheit zu knüpfen. Von der Annahme seiner Anträge machte es bis zu einem gewissen Grade seine endgültige Stellung zum gleichen Wahlrecht abhängig. Die nationalliberalen Anträge aber hätten im Falle ihrer Verwirklichung vielleicht der Boden für die Gewinnung von Abgeordneten sein können, die das gleiche Wahlrecht in seiner konstitutionellen Wirkung nicht verurteilten wollten. Aber alle Erwartungen, die man an diese Sicherungsanträge knüpfte, sind enttäuscht worden. Die nationalliberalen Anträge sind am Samstag gefallen, die Zentrumsanträge am Dienstag. Die Konservativen haben in beiden Fällen dagegen gestimmt. Sie stehen einer jeden Verständigungsaktion im Wege, die das gleiche Wahlrecht annehmbar machen könnte. Im übrigen scheinen sich die beiden Verständigungsanträge ziemlich gegenseitig aufgehoben zu haben. Das Zentrum hat gehofft, die Verhältnismäßigkeit abzuschaffen, und die nationalliberale Partei hat sich außerstande erklärt, die Zentrumsanträge anzunehmen. Ob sich das Bild bei der dritten Lesung ändern wird, ist heute noch nicht mit voller Sicherheit zu sagen. So viel hat aber der Verlauf der zweiten Lesung bisher gezeigt, daß für eine Verständigungsmaßnahme der Boden noch nicht geschaffen ist.

Es versteht sich übrigens von selbst, daß die eigentliche Verhandlungsarbeit ausschließlich nicht im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses, sondern in vertraulichen Besprechungen der Parteien- und Regierungsvorleiter geleistet werden möchte. Es sind auch Verhandlungen dieser Art im Gange, und in den Wandgesprächen des Abgeordnetenhauses wird darüber viel debattiert. In greifbarer Gestalt ist aber auch hier noch kein Vorschlag aufgetaucht, der sich als ein annehmbares Kompromiß gelten könnte. Man muß sich jetzt noch mit der Hoffnung begnügen lassen, daß die Bemühungen, so sehr sie auch auf Schwierigkeiten stoßen, doch nicht ohne Erfolg sein werden.

Amtliche Bekanntmachungen

Einladung. Den Bürgerausschuß beruht es in einer Veranlassung auf Freitag, den 24. Mai 1918, nachmittags 5 Uhr in den Bürgerausschußsaal des Rathauses...

Einladung zur Erziehung

Stiftungsrat der Gallenberg-Stiftung. Das Mitglied des Stiftungsrats Herr Geh. Kommerzienrat Viktor Benz ist am 7. Oktober 1917 gestorben...

Die Wahl wird am Freitag, den 24. Mai 1918, nachmittags von 4-6 Uhr im Rathaus (N 1) II. Stock, Zimmer Nr. 18, vorgenommen...

Die Stimmzettel müssen von welchem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen ein Quadrat, somit ein Viertel des normalen A4-Blattes sein...

Mannheim, den 6. Mai 1918. Der Stadtrat: Dr. Lutzer. Gericht.

Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Sulzbach (Amt Weinheim), läßt am Samstag, den 11. Mai d. J. Nachmittags 2 Uhr anfangend im hiesigen Gemeindevald an Ort und Stelle folgendes Stammholz versteigern...

Mannheim, den 6. Mai 1918. Bürgermeisteramt Hartmann. Doc.

Bekanntmachung.

Die Betriebskasse der Mannheimer Straßenbahn-Gesellschaft hat am 15. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplan in dem beabsichtigten Umfang voll eingeführt...

Die Betriebskasse der Mannheimer Straßenbahn-Gesellschaft hat am 15. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplan in dem beabsichtigten Umfang voll eingeführt...

Mannheim, den 8. Mai 1918. Bürgermeisteramt: Ritter. Schweigert.

Städt. Umlage 1918.

Die Zahlungsfrist für das erste Viertel der Umlage ist abgelaufen. Die sämtlichen Schuldner werden ersucht, innerhalb einer letzten Frist von 14 Tagen zu bezahlen...

Die Zahlungsfrist für das erste Viertel der Umlage ist abgelaufen. Die sämtlichen Schuldner werden ersucht, innerhalb einer letzten Frist von 14 Tagen zu bezahlen...

Bekanntmachung.

Die Inhaber von Pfandbriefen über die Pfandbriefbank Mannheim vom Monat April 1917 und vom Monat Mai 1917 über Gelpfänder (rote Scheine)...

Die Inhaber von Pfandbriefen über die Pfandbriefbank Mannheim vom Monat April 1917 und vom Monat Mai 1917 über Gelpfänder (rote Scheine)...

Die Inhaber von Pfandbriefen über die Pfandbriefbank Mannheim vom Monat April 1917 und vom Monat Mai 1917 über Gelpfänder (rote Scheine)...

Mannheim, den 6. Mai 1918. Städtisches Realgymnasium. Doc.

Die Betriebskasse der Mannheimer Straßenbahn-Gesellschaft hat am 15. Mai in Kraft tretenden Sommerfahrplan in dem beabsichtigten Umfang voll eingeführt...

Möbel-Ausstellung Fr. Roetter H 5, 1-4 u. 22.

Montanwachs Ceresin Paraffin Wachsämische Lösungsmittel

Salmiakpastillen 100 Dosen M. 21.- 300 Dosen M. 60.-

Künstlerkarten 100 Maler, Gold, Kupfer, Landkarte, 5 Bl. 100 Maler, 4.50, 6.25, 6.25, 7.25

Handschuhe reinigt schnell und gut Hand- und Wäschehandschuhe

Kriegs-Versicherungen mit günstigen Phönix Monatsraten K. Th. Balz, Mannheim, Friedrichsring, U 3, 17, Tel. 3640.

Bezirksparkasse Ladenburg (Rathaus) mit Bürgerschaft des Amtsbezirks Mannheim-Band Postfachamt Karlsruhe Nr. 6444

Bruchleidende bedürfen kein so schmerzhaftes Bandage mehr, wenn sie nicht in Größe verschwindend klein, nach Bedarf und ohne Feder, Tag und Nacht tragbar, auf keinen Fall, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidenden selbst verträgliches Universal-Bruchband tragen...

Damen-Kopfwaschen mit Frisieren Erstklassige Ondulation in und ausser dem Hause zu billigen Preisen. Lohn Gesicht-, Hand- und Fusspflege

Blusenformer für schlanke Figuren Anatomia Wilhelm Albers P 7, 18 Heidelbergstrasse Nähe Wasserturng Frauen-Bedienung

Photo-Spezialhaus Martin Oswald befindet sich jetzt O 4, 17 Kunststrasse, Fernsprecher 1164 Ia. Neg. Retusche.

Samtband-Reste mit Atlas-Bänden nach Gemüth. Birbaum, G 2, 8.

Sophie Schwarz Damenschneiderin H 4, 16/18 empfiehlt sich den geübten Damen im Anfertigen von Kostümen, Kleider, etc.

Amtliches Verkündigungsblatt für den Großherzoglich Badischen Amtsbezirk Mannheim

Mittwoch, den 8. Mai 1918

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918. Die Bekanntmachung des Mannheimer Amtsbezirks Mannheim vom 1. Mai 1918.

